

## **Familienpolitische Fragestellungen**

**Es gibt ein primäres Elternrecht auf Erziehung. Dies ist eine Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft. Wir beobachten mit Bestürzung, dass dieses Recht eingeschränkt wird und Erziehungsberechtigte zunehmend entmündigt werden. Wie stehen Sie zu Tendenzen, die Kindergartenpflicht auszuweiten?**

Im Regierungsprogramm wurde die Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres für 4-Jährige mit relevanten Sprachdefiziten vereinbart, um jene Kinder mit zusätzlichem Förderbedarf rechtzeitig zu unterstützen. Wird ein derartiger Förderbedarf nicht festgestellt, kommt selbstverständlich auch keine Kindergartenpflicht zum Tragen. Schließlich geht es darum, alle Kinder – unabhängig von ihrem Hintergrund und ihrer Herkunft - bestmöglich auf die Bildungskarriere und in weiterer Folge auf die Berufsausbildung in Österreich vorzubereiten.

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass Eltern weiterhin primär für die Vermittlung von Werten auf dem Gebiet der Sexualerziehung und der Aufklärung zuständig bleiben? Wie soll diesbezüglich die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern gestaltet werden?**

Für uns ist völlig unbestritten, dass Sexualerziehung nicht von einer Zusammenarbeit mit den Eltern losgelöst erfolgen darf. Sexualerziehung ist und bleibt ein primäres Elternrecht, das nicht beschnitten werden darf. Eltern haben jedes Recht, in Eigenverantwortung ihren Kindern eine konkrete Werteorientierung auf den Lebensweg mitzugeben. Deshalb ist klar, dass Unterrichtsmittel und -inhalte den Eltern zeitgerecht vorgestellt und ausreichend diskutiert werden müssen. Sexualerziehung hat altersgerecht zu sein und muss Werteorientierung wie Familie, Liebe oder verantwortungsvolle Partnerschaft berücksichtigen.

**Wie stellen Sie sicher, dass Eltern, die ihre Kinder in einem großen Ausmaß zu Hause erziehen wollen, weiterhin diese Freiheit der Wahl haben (z.B. durch ausreichende Angebote an Halbtageschulen und einer flexiblen Nachmittagsbetreuung)**

Für uns als ÖVP ist Wahlfreiheit das oberste Gut. Niemand darf gezwungen werden, sein Kind in eine Ganztagesbetreuung geben zu müssen. Allerdings kann derzeit nicht davon gesprochen werden, dass es in Österreich oder in Wien ein Überangebot an echten Ganztageschulen mit verschränktem Unterricht – und einen damit einhergehenden Zwang – geben würde. Österreichweit besuchen derzeit nur 2,4 Prozent der Sechs- bis 14-Jährigen eine Ganztagschule, in Wien 7,8 Prozent. Echte Wahlfreiheit für Familien besteht vor allem dann, wenn tatsächlich qualitativ hochwertige und flexible Nachmittagsbetreuungsangebote zur Verfügung stehen.

**Bildung ist ein zentrales Thema für die Zukunft unserer Kinder und der Gesellschaft. Schulkosten belasten das Haushaltsbudget vieler Familien. Wie wollen Sie verhindern, dass die Schulgeldfreiheit durch diverse auf die Eltern überwälzte Kosten (z.B. Schulerhaltung, Lehrmittel, Laptop,...) ausgehöhlt wird!**

Die immer größer werdenden Ausgaben für Schulnebenkosten werden zu Recht von vielen Eltern als Problem gesehen. Dabei geht es nicht um außertourliche Zusatzkosten wie für Exkursionen, Skikurse oder Sprachwochen, sondern vielmehr um Mittel für Spindmieten, Schulbücher, Kopien, EDV-Ausstattung und Gebäudesanierung. Hier ist der Wiener Stadtschulrat gefordert, die Elternvereine im Kampf gegen gesetzlich nicht gedeckte Schulnebenkosten zu unterstützen. Eltern sollten deshalb etwaige Geldforderungen kritisch hinterfragen und sich in konkreten Fällen an den Stadtschulrat wenden. Gleichzeitig ist aber auch der zuständige Bildungsstadtrat Oxonitsch in der Pflicht, die Wiener Schulen mit ausreichend Budget für Lehrmittel sowie die Instandhaltung der Gebäude auszustatten. Schließlich werden durch PR-Aktionen wie der Gratis-

Nachhilfe sehr viel Geld gebunden, dass sich die Stadt über die Hintertür bei den Schulen wieder zurückholt.

**Die pädagogische Qualität der vorschulischen Fremdbetreuung ist uns wichtiger als die Quantität der zur Verfügung gestellten Plätze. Wie stellen Sie sicher, dass auch in Kindergruppen die BetreuerInnen eine entsprechende pädagogische Ausbildung haben?**

Gerade in der Kleinkinderbetreuung ist Qualität das wichtigste Ziel. Leider wendet die rot-grüne Stadtregierung in Wien hier den umgekehrten Grundsatz an: zugunsten der Quantität wird laufend Qualität geopfert. Die Personalsituation in den Krippen und Kindergärten der Bundeshauptstadt ist mehr als angespannt. Es fehlen an allen Ecken und Enden ausreichend gut ausgebildete Kindergartenpädagoginnen. Deshalb muss die Stadt Wien auch massiv in die Qualitätssicherung von Kindergärten investieren. Wir können uns für die Zukunft unserer Kinder keinerlei Qualitätsmängel erlauben.

**Wie kann Ihrer Ansicht nach sichergestellt werden, dass Kinder bei Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen – unabhängig davon, ob sie zu Hause, in einem Kindergarten oder in einer Kindergruppe betreut wurden?**

Durch das 2010 von der Bundesregierung eingeführte verpflichtende Kindergartenjahr für 5-Jährige ist der Anteil der 5-Jährigen im Kindergarten mit nicht-deutscher Muttersprache von 22,6 auf 26,6 Prozent gestiegen. Allerdings kann für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache ein Jahr zum Spracherwerb auch zu kurz sein. Wir als ÖVP agieren hier deshalb unter dem Motto: Besser früher investieren, als später teuer reparieren. Somit findet sich im Regierungsprogramm nun auch die Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres für 4-Jährige – allerdings nur für jene, bei denen ein bestimmter sprachlicher Förderbedarf im Bereich der Sprache festgestellt wurde. Wenn wir gleiche Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft wollen, dann ist es unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass alle Kinder auch mit den gleichen sprachlichen Voraussetzungen ihre Bildungskarriere beginnen können. Schließlich ist es auch für Kinder mit deutscher Muttersprache von großem Vorteil, wenn alle Schulkollegen mit gleichen sprachlichen Voraussetzungen starten können.

**In unserer demokratischen Willensbildung sind Kinder und Jugendliche unterrepräsentiert und verlieren angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft an politischem Gewicht. Was halten Sie von der Einführung eines Kinderstimmrechtes (das für jüngere Kinder von den Eltern ausgeübt wird) auf kommunaler bzw. bundespolitischer Ebene? Werden Sie sich für die Einführung eines Kinderstimmrechtes nach Vorbild der Pfarrgemeinderatswahlen in der Erzdiözese Wien einsetzen?**

Die Einführung eines Kinderwahlrechts bzw. eines Familienwahlrechts kann durchaus ohne Tabus und offen diskutiert werden. Der demografische Wandel und die Herausforderung der Generationengerechtigkeit ist ein Faktum, auf das man auch demokratiepolitisch Antworten finden muss. Schließlich würden damit jene gestärkt, die durch ihre Entscheidung für Nachkommenschaft den wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass dieser Staat überhaupt Zukunft haben kann. Allerdings stehen wir im rot-grünen Wien vor ganz anderen Herausforderungen. Hier fehlt es nach fünf Jahren Rot-Grün nach wie vor an einem modernen und fairen Wahlrecht nach dem Prinzip „Jede Stimme muss gleich viel wert sein“. Auch bei den kommenden Landtagswahlen wird wieder einmal die stärkste Fraktion klar bevorzugt, was schnellstmöglich geändert werden muss.